

Blitz-Briefing

Einigung zu den Grundgesetzänderungen

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden,
14. März 2025

I Sachverhalt

Unsere Verhandlungsführer Friedrich Merz und Alexander Dobrindt haben heute eine Einigung mit den Fraktionsspitzen von SPD und Grünen zu den geplanten Grundgesetzänderungen im Rahmen der Finanzverfassung erzielt. Das Ergebnis dieser Einigung wollen wir am kommenden Dienstag in abschließender Beratung des Deutschen Bundestags beschließen.

II Unsere Position

Bereits am 4. März haben wir mit der SPD im Rahmen der Sondierungen folgende drei Säulen für eine Änderung des Grundgesetzes vereinbart:

- Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nehmen wir von der Schuldenregel des Grundgesetzes aus.
- Die Regeln zur Schuldenbremse für die Länder werden so angepasst, dass den Ländern zukünftig – analog zum Bund – eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestattet ist.
- Wir schaffen ein Sondervermögen von 500 Mrd. EUR für Investitionen in die Infrastruktur, von dem 100 Mrd. EUR den Ländern und Kommunen für eigene Investitionen zugutekommen sollen.

Die heutige Einigung mit SPD und Grünen modifiziert diese Eckpunkte:

- Neben den Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nehmen wir eng begrenzt einige weitere Ausgaben von den Begrenzungen der Schuldenbremse aus – und zwar nur solche, die in direktem Zusammenhang mit der Sicherheit Deutschlands und dem Schutz vor inneren und äußeren Bedrohungen stehen. Dabei handelt es sich um: Ausgaben für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten.
- Aus dem Sondervermögen werden – auf Ebene des Bundes – nur *zusätzliche* Investitionen finanziert. Die Einzelheiten werden in einem gesonderten Gesetz geregelt.

- Zudem werden 100 Mrd. EUR aus dem Sondervermögen dem Klima- und Transformationsfonds zugeführt. Damit werden wir weitere infrastrukturelle Maßnahmen finanzieren können. Zudem öffnen wir das Sondervermögen auch für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045. Der Umfang des Sondervermögens bleibt bei 500 Mrd. EUR.

III Sprachregelung

Nach den intensiven Verhandlungen der letzten Tage haben wir gemeinsam mit SPD und Grünen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Aus der demokratischen Mitte unseres Parlaments heraus haben wir eine gemeinsame Lösung für die Zukunft unseres Landes entwickelt. Dies erwartet die Bevölkerung – gerade in Krisenzeiten.

Wir haben eine Richtungsentscheidung getroffen: Deutschland sendet eine klare Botschaft an unsere Partner und Freunde, aber auch an unsere Gegner und Feinde: Wir sind verteidigungsfähig, und jetzt auch in vollem Umfang verteidigungsbereit. Es wird an keiner Stelle an den finanziellen Mitteln fehlen, um die Freiheit und den Frieden auf unserem Kontinent zu verteidigen. Deutschland ist zurück und leistet seinen großen Beitrag zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit in Europa und der Welt.

Mit dem Sondervermögen Infrastruktur schaffen wir überdies die Grundlagen für umfassende Verbesserungen der Infrastruktur und für die Erreichung der Klimaziele Deutschlands. Eine bessere Infrastruktur ist die Voraussetzung für eine neue wirtschaftliche Dynamik in unserem Land und nicht zuletzt für ein Land, das wieder funktioniert.

Fiskalische Disziplin wird in Deutschland auch weiterhin wichtig bleiben. Wir sind fest entschlossen, die europäischen Fiskalregeln einzuhalten.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.